

SPD-Kreisverband Kiel

Kreisparteitag 20. Februar 2016, RBZ Technik

Antragsteller: Jusos Kiel, Juso-Hochschulgruppe

TOP 9 Anträge

1 **Antrag: Verbesserung der Bildungs- und Beratungsangebote beim Zugang zur** 2 **Hochschule, Ausbildung und Arbeit**

3
4 *Der Kreisparteitag möge beschließen:*

5
6 Wir fordern die Landesregierung dazu auf, dass Bildungs- und Beratungsangebote so
7 ausgerichtet und sowohl finanziell als auch personell ausgestattet werden, dass Geflüchtete vor
8 und während der Berufs- und Hochschulbildung an einer qualifizierten, zeitnahen
9 Anerkennungsberatung partizipieren und notwendige Sprachkenntnisse erwerben können. Um
10 den Zugang zur Berufsschule, Hochschule und Arbeitsmarkt zu verstärken, ist es außerdem
11 notwendig, dass

12
13 a) falls bestimmte Qualifikationen für eine Anerkennung des Studiums oder Ausbildung in
14 Deutschland fehlen sollten, diese unkompliziert nachgeholt werden können. Eine effiziente
15 Nachqualifikation bedarf einer engen Zusammenarbeit mit den zuständigen Kammern sowie den
16 Hoch- und Berufsschulen, damit die Betreuten umfassend geprüft und für ihr Arbeitsfeld
17 vorbereitet werden.

18 b) die Integrationskurse und die berufsbezogene Sprachförderung des Bundes ausgebaut und
19 auch für weitere Asylsuchende und Geduldete mit Bleibeperspektive außerhalb der bisherigen
20 Herkunftsländer geöffnet werden.

21 c) ein Bleiberecht während des Studiums und der Berufsausbildung ermöglicht wird. Wenn nach
22 Einvernehmen von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen das Arbeitsverhältnis nach der
23 abgeschlossenen Berufsausbildung fortgeführt wird, soll eine Aufenthaltsgenehmigung von
24 mindestens zwei Jahren ausgesprochen werden.

25 d) Geflüchtete mit ausreichenden Sprachkenntnissen ohne hohen bürokratischen Aufwand
26 Finanzierungsmöglichkeiten für Ausbildung oder Studium erhalten. Zusätzlich soll ein Stipendium
27 aufgelegt werden, dass jene finanziell unterstützt, denen eine Förderung auf regulärem Wege
28 durch Bafög, berufsbegleitende Maßnahmen oder ähnlichen nicht gewährt wird.

29 e) die Kommunen dabei unterstützt werden, ein bedarfsgerechtes Angebot für eine
30 Berufsvorbereitungsphase für junge Flüchtlinge sowie vergleichbare berufs- und
31 schulvorbereitende Bildungsangebote an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen zu
32 schaffen, damit junge Flüchtlinge bestmöglich auf den Regelunterricht, die Berufsschule, die
33 Hochschule und den Betrieb vorbereitet werden.

34

35 Begründung:

36 Erfolgt mündlich!